

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Lunacek, Freundinnen und Freunde

betreffend "Neuer Schwung für ein soziales Europa"

eingbracht im Zuge der Debatte über das Arbeitsprogramm der deutschen Präsidentschaft

Der sogenannte „Frühjahrgipfel“ am 8. und 9. März 2007 steht traditionell im Zeichen der Lissabonstrategie, die in ihrer Neuausrichtung auf „Wachstum und Beschäftigung“ fokussiert.

Eine Gruppe von neun Mitgliedstaaten der Europäischen Union hat die Erklärung „Enhancing Social Europe“ unterzeichnet, in der eine Stärkung der Sozialpolitik und soziale Mindeststandards gefordert werden. Der Text wurde am 14. Februar in Paris präsentiert. Erstunterzeichner sind Belgien, Bulgarien, Zypern, Spanien, Frankreich, Griechenland, Ungarn, Luxemburg und Italien. Das Dokument unterstreicht die Notwendigkeit einer Stärkung des Europäischen Sozialmodells, der Chancengleichheit am Arbeitsmarkt, lebenslanges Lernen und die Modernisierung der Sozialschutzsysteme. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit soll oberste Priorität der EU-Mitgliedstaaten sein. Weiters formulieren die Erst-UnterzeichnerInnen *„We....Trust that this need to develop Social Europe, as a strong element for any rapprochement of the citizens to the European project, may be endorsed in the Presidency's Conclusions of the forthcoming European Councils.“*

Sozialminister Buchinger erklärte in einer Aussendung vom 22. Februar 2007, dass er die Erklärung ebenfalls unterzeichnet habe.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Regierung, insbesondere Arbeitsminister Bartenstein, wird aufgefordert, dieser Initiative beizutreten.

Der Bundeskanzler wird aufgefordert, sich beim Europäischen Rat in Brüssel am 8. und 9. März 2007 dafür einzusetzen, dass die Erklärung „Enhancing Social Europe“ in die Schlussfolgerungen der Präsidentschaft Eingang findet.